

Übersetzung von Jungks Buch seinem Assistenten Aage Petersen diktierte. Darin widerspricht er vor allem der Annahme, er sei besonders über die Möglichkeit, eine Atombombe zu bauen, schockiert gewesen. Er schreibt zudem: „(...) ich bin zutiefst erstaunt, zu sehen, wie sehr Dich Deine Erinnerung in Deinem Brief an den Autor des Buches getäuscht hat (...).“

Heisenberg hat später selbst die Darstellung in Jungks Buch relativiert, nach dem es vor allem eine moralische Entscheidung gewesen sei, die Konstruktion einer Atombombe nicht in Angriff zu nehmen.

Niels Bohr betont in fast jedem der Briefentwürfe, wie erstaunt er und alle anderen an seinem Institut gewesen seien, dass Heisenberg und der ebenfalls anwesende Carl Friedrich von Weizsäcker ihre Gewissheit über einen deutschen Sieg so offensichtlich zur Schau gestellt hätten.

In den Briefentwürfen aus den Jahren 1961/62 fragt Bohr immer wieder: „ (...) welche Ermächtigung ist Dir von der deutschen Regierung

gegeben worden, so eine gefährliche Frage [d. h. die Entwicklung der Atombombe] zu berühren (...)?“ Dies ist durchaus ein Hinweis darauf, dass es Heisenberg bis dahin versäumt hatte, sich offen und deutlich über die Begleitumstände und Motive seines damaligen Besuchs zu äußern.

Die Texte bringen keine neuen Fakten – etwa über den genauen Wortlaut des Gesprächs –, zeigen aber bei einer ersten Betrachtung, dass sich Bohr und Heisenberg hauptsächlich in ihrer erinnerten Wahrnehmung widersprechen, ihre Darstellungen abgesehen davon aber kompatibel sind. Helmut Rechenberg, Verwalter des Heisenberg-Nachlasses, urteilt, dass die Briefe „keinerlei Sensation bringen. Weder beweisen sie, dass Heisenberg an der Bombe baute, noch dass er Bohr für ein solches Projekt anheuern wollte.“ Den Streit um Heisenbergs Rolle im Dritten Reich heizen sie jedoch trotzdem wieder an.

ALEXANDER PAWLAK

Ahnung von der Berufswelt, hört man aus den Fachhochschulen. Die Forschung an Fachhochschulen ist zweitklassig, erwidern die Universitäten. Der Wissenschaftsrat übernimmt in seinen jüngsten Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen den Elternpart: Vertragt Euch!, lautet die Botschaft zwischen den Zeilen der 238-seitigen Stellungnahme.^{*)}

Fachhochschulabsolventen, die an der Universität promovieren wollen, müssen viele Hürden nehmen. Die Promotionsordnungen der Universitäten schreiben ihnen oft zusätzlich zu erbringende Leistungen vor oder fordern Nachprüfungen. Der Umfang der geforderten Zusatzleistungen wird nicht von einer Prüfung der individuellen wissenschaftlichen Qualifikation abhängig gemacht, sondern pauschal für alle Bewerber mit Fachhochschulabschluss festgelegt. Diese Regelung halten die Bildungsexperten für „bedenklich“. Sie schrecke hervorragende Absolventen ab. „Die Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulabschlüssen und der Aufnahme zur Promotion an Universitäten muss weiter verbessert werden“, fordert der Wissenschaftsrat.

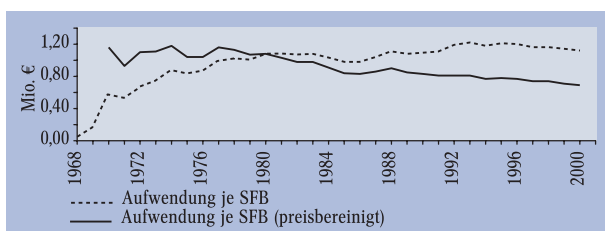
Außerdem gibt das Beratergremium folgende Empfehlungen ab:

- Die Fachhochschulen müssen angesichts des zukünftigen Bedarfs an praxisorientiert ausgebildeten Hochschulabsolventen stärker ausgebaut werden. Als Richtwert werden 3000–5000 Studienplätze pro Standort genannt. Derzeit weichen Studierende wegen begrenzter Kapazitäten auf die Universitäten aus. Dadurch erhalten sie weder eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Ausbildung noch verbessert diese Situation die Leistungsfähigkeit der Universitäten.
- Das Fächerspektrum der Fachhochschulen ist noch zu stark eingeschränkt. Es soll um anwendungsorientierte Angebote erweitert werden. Solche Studiengänge könnten Hybridqualifikationen vermitteln, die zum Beispiel betriebswirtschaftliche oder rechtswissenschaftliche Kenntnisse mit technischen Qualifikationen verbinden.
- Die anwendungsorientierte Forschung soll ausgebaut werden. Dazu müsse die Grundausstattung verbessert werden. Außerdem sollten Fachhochschulen mehr Drittmittel erhalten. (MR)

WISSENSCHAFTSRAT

Sonderforschungsbereiche reduzieren

Weniger ist mehr – so lautet der Tenor der jüngsten Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum Programm der Sonderforschungsbereiche (SFB). In den letzten Jahren wurden immer mehr SFBs durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft gefördert. Inzwischen sind es über



Die jährlichen Mittel für einen Sonderforschungsbereich haben preisbereinigt stark abgenommen. Der Wissenschaftsrat fürchtet um die Exzellenz der SFBs (Quelle: WR).

280, davon jeder vierte in den Naturwissenschaften. Knappe Mittel haben jedoch dazu geführt, dass die Gelder für die einzelnen SFBs real gesunken sind (siehe Abbildung). Dadurch habe die Wirksamkeit einzelner Sonderforschungsbereiche für die Profilbildung der Hochschulen nachgelassen, bemängelt der Wissenschaftsrat.

An den Hochschulen sind SFBs beliebt, weil sie eine verlässliche

Geldquelle über einen langen Zeitraum (bis zu zwölf Jahre) darstellen. Die steigende Zahl positiv begutachteter Anträge führte in den letzten Jahren dazu, dass die DFG nicht mehr alle Initiativen fördern konnte, die von den Gutachtern zur Einrichtung empfohlen worden waren. So wurden im Jahr 2001 von 37 positiv begutachteten Anträgen auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs nur 28 bewilligt.

Im Jahr 2001 hatten die SFBs einen Anteil von 28 Prozent an den Gesamtausgaben der DFG. Trotz steigender Antragszahlen spricht sich der Wissenschaftsrat dagegen aus, diesen Anteil zu Lasten anderer Förderinstrumente wie der Einzelanträge im Normalverfahren auszuweiten. Statt dessen sollte die Zahl der SFBs nicht weiter steigen. Durch Anlegen strenger Auswahlkriterien müsse sie auch absinken können. Andernfalls drohe der „Abschied vom Exzellenzanspruch“.

Fachhochschulen ausbauen

Universitäten und Fachhochschulen sind zwei ungleiche Geschwister: Die Universitäten haben keine